



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 04.10.2012, 17:00 Uhr

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ortsbesichtigung Bahnhof Ludwigsburg Bericht zur Projektentwicklung und Fördersituation

Treffpunkt: Bahnhof, Reisezentrum

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt besichtigen mit OBM Spec, BM Schmid und Herrn Wintermeier (Projektleitung „Wohlfühlbahnhof“) den Bahnhof Ludwigsburg. Dabei werden insbesondere folgende Themen angesprochen:

- Bedeutung des Bahnhofs
- Aufgaben der Projektleitung
- Aufwertung der Unterführung
- Reinigung des Bahnhofs
- Neugestaltung des Zentralen Omnibusbahnhofs
- Optische Verbesserung der Fahrgastanzeige am ZOB
- Sicherheit am Bahnhof
- Förderfähige Projekte im Programm „Modellregion für nachhaltige Mobilität“

TOP 2

Fortschreibung des Luftreinhalteplans

Vorl.Nr. 321/12

Abweichender Beschluss:

1. Der Erweiterung der Ludwigsburger Umweltzone zur einer „regionalen Umweltzone Ludwigsburg und Umgebung“ (Anlage zur Vorl. Nr. 321/12) wird zugestimmt.
2. Die Einbeziehung der Stadtteile Neckarweihingen und Poppenweiler in diese Umweltzone wird ausdrücklich begrüßt.
3. Die Stadt Ludwigsburg ist mit der Fortschreibung des Luftreinhalteplans und dem Wegfall der gelben Plakette in der regionalen Umweltzone zum 01.01.2013 einverstanden.
4. *Mit dieser Zustimmung sind folgende Forderungen verbunden:*
 - a) *Das Regierungspräsidium legt so rasch als möglich ein Lkw-Verkehrslenkungskonzept zur Verminderung der Luftschadstoffwerte und der Lärmimmissionen in Ludwigsburg*

vor.

- b) *Nachdem eine nachhaltige Verbesserung der Luftschadstoffwerte und der Lärmimmissionen nur durch eine Verminderung des Durchgangverkehrs erfolgen kann, wird die Planung der Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts umgehend wieder aufgenommen.*

5. *In die Fortschreibung des Luftreinhalteplans wird als weitere Maßnahme „Verbesserungen im Busverkehr“ aufgenommen.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1 bis 3 des Beschlusses werden mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Ziffer 4a) des Beschlusses wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Ziffer 4b) des Beschlusses wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Ziffer 5 des Beschlusses wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend bei der Abstimmung zu Ziff. 5: Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 321/12 die vorgeschlagenen Fortschreibung des Luftreinhalteplans vor. Dabei geht er insbesondere auf die folgenden Aspekte ein:

- Luftreinhalteplan aus dem Jahr 2006
- Erweiterung zu einer „regionalen Umweltzone Ludwigsburg und Umgebung“
- Einbeziehung von Neckarweihingen und Poppenweiler in die Umweltzone
- Nachrüstkampagne
- PM10-Überschreitungstage
- NO₂-Überschreitungen
- Untersuchung eines streckenbezogenen Lkw-Durchfahrtsverbots
- Untersuchung von innerstädtischen Geschwindigkeitsreduzierungen

Stadtrat **Noz** lobt den Vorschlag, weil damit der bisherige Flickenteppich von Maßnahmen behoben werde. Allerdings würden durch die Erweiterung der Umweltzone große Belastungen und hohe Kosten für Transportunternehmen entstehen. Eine erhebliche Entlastung für die Ludwigsburger Verkehrssituation würde der Bau des Stuttgarter Nordoststrings bringen. Zu einer innerörtlichen Geschwindigkeitsreduzierung führt er aus, dass seiner Meinung nach die Begrenzung auf 50 km/h auf den Hauptverkehrsachsen erhalten bleiben sollte. Darüber hinaus schlägt er vor, eventuell eine zusätzliche Messstelle in der Schwieberdinger Straße einzurichten.

Stadträtin **Liepins** bewertet die Einbeziehung der Stadtteile Neckarweihingen und Poppenweiler positiv. Sie bemängelt, dass die Luft- und Lärmbelastung trotz der Maßnahmen nicht abnehme. Auch bei dem Verkehrsmodell, das der Landkreis in Auftrag gegeben habe, seien die Grenzen schnell erreicht. Ihrer Meinung nach sei ein streckenbezogenes Lkw-Durchfahrtsverbot problematisch und ein flächendeckendes Lkw-Durchfahrtsverbot sinnvoller. Ob eine

Geschwindigkeitsreduzierung auf 40 km/h sinnvoll sei, müsse noch geprüft werden. Ihre Fraktion halte den Stuttgarter Nordoststring weiterhin für richtig und sinnvoll. Obwohl fraglich sei, ob sich durch die Maßnahmen etwas verbessere, werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, auch wenn dadurch letztendlich nur geringfügige Verbesserungen erreicht werden könnten. Ein streckenbezogenes Lkw-Durchfahrtsverbot sehe er kritisch. Seiner Meinung nach müsse ein Lkw-Verkehrslenkungskonzept aufgestellt werden. Außerdem sei die Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts notwendig um eine Entlastung zu erreichen. Er beantragt, den Beschlussvorschlag um eine Ziff. 4 mit folgendem Inhalt zu ergänzen:

4. Mit dieser Zustimmung sind folgende Forderungen verbunden:
 - a) Das Regierungspräsidium legt so rasch als möglich ein Lkw-Verkehrslenkungskonzept zur Verminderung der Luftschadstoffwerte und der Lärmimmissionen in Ludwigsburg vor.
 - b) Nachdem eine nachhaltige Verbesserung der Luftschadstoffwerte und der Lärmimmissionen nur durch eine Verminderung des Durchgangsverkehrs erfolgen kann, wird die Planung der Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts umgehend wieder aufgenommen.

Stadtrat **Gericke** vertritt den Standpunkt, dass Ludwigsburg durch eine innerörtliche Geschwindigkeitsreduzierung für den Durchgangsverkehr weniger attraktiv werde. Die Belastung durch den Verkehr werde nur geringer, wenn weniger Fahrzeuge durch Ludwigsburg fahren würden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, ist jedoch der Meinung, dass der Luftreinhalteplan nicht weit genug gehe. Bezüglich des Antrags von Stadtrat Glasbrenner führt er aus, dass ein Lkw-Verkehrslenkungskonzept sinnvoll sei. Auch wenn der Nordoststring umgesetzt werde, sei noch viel Ziel- und Quellverkehr in Ludwigsburg vorhanden. Seine Fraktion könne einer Wiederaufnahme der Planungen des Nordoststringes nicht zustimmen. Abschließend beantragt er den Beschlussvorschlag um die folgende Ziffer 5 zu ergänzen:

5. In die Fortschreibung des Luftreinhalteplans wird als weitere Maßnahme „Verbesserungen im Busverkehr“ aufgenommen.

Seine Fraktion habe dies bereits im Oktober 2011 mit dem Antrag Vorl. Nr. 458/11 gefordert. Dieser Antrag sei in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 20.10.2011 einstimmig beschlossen worden.

Stadtrat **Haag** kritisiert, dass bei dem Thema Lkw-Durchfahrtsverbot immer noch kein Fortschritt erzielt werden konnte. Da der Anteil der gelben Plaketten relativ gering sei, schätze er auch das Potenzial der Maßnahme „Wegfall der gelben Plakette in der regionalen Umweltzone“ sehr gering ein. Die stetige Zunahme des Lkw-Verkehrs sehe er problematisch, da damit auch die Belastungen stetig steigen würden. Durch den Bau des Nordoststringes könnte der Lkw-Verkehr in Ludwigsburg wenigstens teilweise verringert werden. Seine Fraktion werde der Vorlage der Verwaltung und des Antrags der Freien Wähler zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** könne der Vorlage der Verwaltung zustimmen. Durch die Einführung der Umweltzone sei eine Entlastung erreicht worden. Da die Grenzwerte trotzdem noch häufig überschritten werden, müsse der Luftreinhalteplan fortgeschrieben werden. Sie ist der Meinung, dass die Erweiterung der Umweltzone und die Einbeziehung der Stadtteile Neckarweihingen und Poppenweiler sinnvoll seien. Allerdings kritisiert sie, dass der Masterplan Mobilität lediglich den Kraftfahrzeugverkehr betrachte. Des Weiteren hätten bereits seit Langem Untersuchungen zu innerörtlichen Geschwindigkeitsreduzierungen durchgeführt werden können. Sie weist darauf hin, dass der Lkw-Verkehr nicht nur auf der Friedrichstraße, sondern auch auf der B27, Schlossstraße, Frankfurter Straße sowie Stuttgarter Straße zugenommen habe. Sie plädiert dafür, ein Gesamtverkehrskonzept unter Einbeziehung aller Verkehrsarten aufzustellen. Der Ziff. a) des Antrags der Freien Wähler könne sie zustimmen, der Ziff. b) werde sie nicht zustimmen.

Herr **Winkler** führt aus, dass derzeit circa 9.500 Fahrzeuge im Landkreis Ludwigsburg eine gelbe Plakette besitzen würden. Das Regierungspräsidium schätze, dass sich durch die Erweiterung zu einer regionalen Umweltzone und dem Wegfall der gelben Plakette die NO₂-Konzentration um 3 %

und die Feinstaub-Konzentration um 2 % verringern werde. Die Umsetzung von Verbesserungen im Busverkehr werde weiterverfolgt, auch wenn dies nicht im Luftreinhalteplan enthalten sei. Bereits im alten Luftreinhalteplan sei eine intensive Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen gewesen, welche die Stadtverwaltung z. B. im Rahmen einer Broschüre und über das Internet umgesetzt habe. Falls Einwendungen gegen die Fortschreibung des Luftreinhalteplans eingehen, werden diese an das Regierungspräsidium weitergeleitet. Die Einhaltung der Plakettenpflicht werde von Stadtverwaltung und Polizei überprüft, die im laufenden Jahr bereits 110 Verstöße festgestellt hätten. Durch eine Neuregelung werde ab April 2013 auch der Halter des Fahrzeuges bei Nichteinhaltung der Plakettenpflicht haften.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass er dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der heutigen Sitzung nicht zustimmen könne. Dies liege jedoch nicht daran, dass er inhaltlich nicht zustimmen könne, sondern daran, dass ihm der Inhalt des Antrags Vorl. Nr. 458/11 nicht bekannt sei.

Abschließend ruft BM **Schmid** die Vorl. Nr. 321/12 und die Anträge der Freien Wähler (Ziff. 4) sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Ziff. 5) zur Abstimmung.

TOP 3

Integrierte Leitstelle, Feuerwache Marienstraße 22

Vorl.Nr. 399/12

Empfehlungsbeschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Realisierung der Integrierten Leitstelle am Standort der Hauptfeuerwache Ludwigsburg Marienstraße 22 gemäß **Variante 1**.
Der Gemeinderat beschließt die Entmietung der Wohnungen im 2. Obergeschoss der Feuerwache sowie den anschließenden Umbau zum Verwaltungsbereich der Feuerwache.
Die Kosten werden im Zuge der unter Punkt 2. zu beschließenden Planungskosten ermittelt.
2. Der Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphasen 2 bis 5 an das Nasarek Architekten-Team, Vogelbeerweg 9, 31787 Hameln, auf Grundlage des Angebotes vom 02.08.2012 mit einem vorläufigem Gesamthonorar in Höhe von rd. 85.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.
Die Planungsleistungen werden vorerst bis einschließlich LPH 3 beauftragt. Im Falle, dass das Projekt in den Haushaltsplan 2013 ff. aufgenommen wird, wird die Verwaltung ermächtigt die weiteren Leistungsphasen in eigener Zuständigkeit zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 399/12 kurz in den Sachverhalt ein.

Herr **Nasarek** (Nasarek Architekten-Team) geht anhand einer Präsentation auf die folgenden Punkte ein:

- Standortanalyse
- Variante 1: Unterbringung der Verwaltung im 2. Obergeschoss
- Variante 2: Aufstockung der Fahrzeughalle
- Raumprogramm gemäß den Nutzervorgaben
- Pläne und Bilder zu beiden Varianten
- Variante 1: Kostenschätzung und Vergleichsobjekt
- Variante 2: Kostenschätzung und Vergleichsobjekt
- Vergleich der beiden Varianten

Stadtrat **Noz** begründet den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 408/12. Seine Fraktion begrüße, dass die Integrierte Leitstelle nun bei der Feuerwache untergebracht werde. Seine Fraktion habe mit dem Antrag signalisieren wollen, dass sie die 600.000 Euro bewilligen werde, damit nicht im Bestand umgebaut werden müsse. Der Antrag habe keinerlei Auswirkungen auf den Beschluss des Kreistages. Außerdem ist er der Meinung, dass ein Neubau gemäß Variante 2 kostensicherer zu bauen wäre. Damit bleibe die Stadt auch zukunftsgerichteter im Vergleich zur Variante 1. Wenn das Gremium und die Verwaltung allerdings die Ansicht vertrete, dass eine Zukunftsperspektive z. B. für eine Regionalleitstelle, in absehbarer Zeit nicht erforderlich sei, könne der Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 408/12, als erledigt angesehen werden.

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung) führt dazu aus, dass derzeit keinerlei Planungen zur einer Regionalleitstelle aufgestellt würden. Deswegen seien auch die möglichen Anforderungen an eine Regionalleitstelle unklar und nicht in die Variantenbewertung einbezogen geworden.

Stadtrat **Griesmaier** erklärt für seine Fraktion, dass diese der Vorl. Nr. 399/12 zustimmen könne. Die Variante 1 biete eine sichere Zukunftsperspektive und reiche für die absehbare Zukunft aus.

Stadtrat **Glasbrenner** vertritt den Standpunkt, dass es noch nicht absehbar sei, ob jemals eine Regionalleitstelle realisiert werden solle. Falls die Wohnungen im 2. Obergeschoss der Feuerwache nicht dringend erforderlich sind, könne er der Variante 1 bzw. dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Stadträtin **Schübler** befürwortet ebenfalls die Variante 1, Realisierung im Bestandsgebäude, und erkundigt sich nach der Notwendigkeit der Wohnungen im 2. Obergeschoss der Feuerwache.

Stadtrat **Haag** und seine Fraktion könnten der Vorl. Nr. 399/12 zustimmen. Er weist darauf hin, dass bei Variante 2 noch die Vermietung beachtet werden müsse.

Stadträtin **Burkhardt** hält die Argumente für die Variante 1 für nachvollziehbar.

Herr **Thoß** stellt klar, dass die Wohnungen im 2. Obergeschoss der Feuerwache für die Feuerwehr nicht erforderlich seien. Die Dachlandschaft werde nur geringfügig verändert.

Sodann ruft BM **Schmid** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 399/12 auf.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 17.09.2012, Vorl. Nr. 408/12, ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 399/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beratungsverlauf:

Herr Fischer (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) schildert anhand einer Präsentation die verschiedenen Varianten zur Erweiterung der Städtischen Kindertageseinrichtung Reichertshalde. Er weist darauf hin, dass es sich bei den in der Vorl. Nr. 392/12 angegebenen Kosten nur um erste Schätzungen handle. Bezüglich der Anregung, sich bei der Erweiterung auf die Kinder unter drei Jahren zu beschränken, erläutert er, dass dadurch die Schlafplätze für Kinder über drei Jahre wegfallen würden. Außerdem könne der Eingangsbereich minimiert werden und der Müll müsse an einer anderen Stelle angeordnet werden. Die Kosten würden sich dann auf rund 1,2 Mio. Euro belaufen.

Frau Kreiser ist der Meinung, dass die Mitglieder des Gemeinderats nun entscheiden müssten, ob eine Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtung erfolgen oder lediglich eine Minimallösung umgesetzt werden solle. Der Bedarf an Kinderbetreuung habe sich in den letzten Jahren geändert und werde sich auch noch verändern. Vor allem in Hoheneck sei ein großer Nachholbedarf nach mehr Betreuungsplätzen vorhanden. Bei der vorgestellten Alternative A bemängelt sie die hohe Verschattung. Ihre Fraktion spreche sich für die größere Variante, Alternative B, aus, mit der auch eine Weiterentwicklung erreicht werden könne. Allerdings sei dabei die Gartenfläche leider etwas kleiner und das bestehende Biotop müsste an anderer Stelle neu angelegt werden. Ihrer Ansicht nach müssten die veranschlagten Kosten für die Außenanlagen nochmals überprüft werden.

Stadtrat Dr. Bohn erklärt, dass in den bestehenden öffentlichen Spielplatz auch etwas eingegriffen werden könne. Die Alternative B halte er für zu teuer, da z. B. die Glasfassade nicht notwendig sei. Darüber hinaus seien bei dieser Variante einige Dinge geplant, die nicht im Raumprogramm enthalten seien. Er vertritt die Meinung, dass eine L-förmige Gebäudeanlage sinnvoller und auch kostengünstiger sei. Der alte und der neue Baukörper müssten nicht miteinander verbunden sein. Dadurch werde auch der Freibereich mehr geschont. Er bemängelt, dass bei der Variante B der Blick in die Reichertshalde verbaut werde. Seine Fraktion könne in der heutigen Sitzung keiner der beiden vorgestellten Alternativen zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** bringt zum Ausdruck, dass, aufgrund der großen Aufgabenfülle im Bildungsbereich, durch die Erweiterung nur Bedarf erfüllt werden sollte. Bei der Variante B sieht er insbesondere kritisch, dass das Raumprogramm übererfüllt werde. Des Weiteren seien sehr viele Außenwandflächen vorgesehen, was aus energetischer Sicht nicht sinnvoll sei, und die Variante B sei wesentlich teurer. Die Raumaufteilung und Fassadenabwicklung der Variante A könne auch anders gestaltet werden könne. Die veranschlagten 225.000 Euro für die Außenanlagen hält er für völlig illusorisch. Er plädiert dafür, dass die Verwaltung eine kostengünstigere Variante erarbeiten solle und könne auch den Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 433/12, bezüglich einer Überarbeitung der Variante A unterstützen.

Stadträtin **Schübler** betont, dass sowohl die vorgesehenen Räume, wie z. B. Schlafräume oder Kinderwagenplatz, als auch eine Verbindung zwischen den Gebäuden erforderlich seien. Da das bestehende Biotop erhaltenswert sei, könne geprüft werden, ob der Neubau bei Variante B evtl. etwas gestaucht werden könne. Insgesamt könne sie der Variante B sehr gut folgen.

Stadtrat **Haag** begründet den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 433/12 und spricht sich dafür aus, über die Variante A nochmals nachzudenken. Er vertritt den Standpunkt, dass die Nebenräume nicht auf der Südseite untergebracht werden sollten. Der Entwurf der Variante A sei aus architektonischer Sicht schlecht und die Südbelichtung müsse miteinbezogen werden. Außerdem bezweifle er, ob die Variante B aus städtebaulichen Gesichtspunkten tatsächlich besser als die Variante A sei. Deshalb beantrage seine Fraktion, die gesamte Planung nochmals zu überarbeiten um die Variante A weiterzuentwickeln. Die Verwaltung solle Gespräche führen um die Wünsche der Eltern berücksichtigen zu können.

Stadträtin **Burkhardt** bestätigt, dass der Bedarf für eine Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde vorhanden sei. Sie erinnert daran, dass sich der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im Juni 2012 dafür ausgesprochen habe, den vorhandenen öffentlichen Spielplatz zu erhalten. Sie bittet die Verwaltung darum, die Erzieherinnen der Kindertageseinrichtung bei den Planungen einzubeziehen. Sie könne sich dem Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 433/12, anschließen. Weiter unterstreicht sie, dass die Einsparungen nicht soweit gehen dürften, dass die Bedürfnisse der Kinder beeinträchtigt würden.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) bringt vor, dass der Bebauungsplan geändert werden müsse, wenn sich der Erweiterungsbau auf der Fläche des vorhandenen öffentlichen Spielplatzes befinde. Nach Informationen der Fachbereiche Bürgerbüro Bauen sowie Stadtplanung und Vermessung sei dies ein schwieriges Verfahren, da keine Ersatzflächen vorhanden seien. Er legt dar, dass bei der Variante A ein relativ tiefes Gebäude mit geringem Abstand zum Bestandsgebäude vorgesehen sei. Diese Probleme würden auch bei einer anderen Anordnung der Räume bestehen bleiben.

Aufgrund der Vorschläge der Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt weist BM **Schmid** darauf hin, dass sich der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt gegen eine Erweiterung auf der Fläche des Spielplatzes ausgesprochen habe.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet, dass die Erzieherinnen der Kindertageseinrichtung in die bisherigen Planungen eingebunden worden seien. Die Erzieherinnen hätten sich für die Variante B ausgesprochen.

Stadträtin **Kreiser** hebt hervor, dass die Verschattung bei Variante A nicht akzeptabel sei. Weiter stellt sie klar, dass dieser öffentliche Spielplatz der einzige Spielplatz für den rechten Teil der Marbacher Straße sei. Sie plädiert dafür, die Kindertageseinrichtung so zu erweitern, dass sich auch das Angebot für Kinder über drei Jahren weiterentwickle.

Stadtrat **Gericke** richtet an die Verwaltung die Bitte, eine neue Variante unter Berücksichtigung der Anregungen des Gremiums zu entwickeln. Dabei sei sinnvoll, den bestehenden öffentlichen Spielplatz zu erhalten.

Stadtrat **Griesmaier** spricht sich gegen die Variante A aus. Die Alternative B sei zwar besser, aber auf den Zwischenbau mit Glasfassade könne verzichtet werden, da dieser sehr kostspielig sei.

BM **Schmid** fasst die Wortmeldungen des Gremiums dahingehend zusammen, dass in der heutigen Sitzung weder eine Entscheidung für die Alternative A noch für die Alternative B getroffen werden könne. Die Verwaltung werde nun die Alternativen weiterentwickeln und die überarbeitete Planung anschließend in den gemeinderätlichen Gremien vorstellen. Die vorgesehene Beratung der Vorl. Nr. 392/12 in der Sitzung des Gemeinderats am 10.10.2012 werde somit nicht erfolgen. Die Anregungen der Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt fasst er wie folgt zusammen:

- Erhalt des Biotops
- Belichtungsverhältnisse verbessern
- Gruppenräume nach Süden ausrichten
- Flurflächen reduzieren
- Kostenschätzung für Außenanlagen überprüfen

TOP 4.1

**Neubau Kindergarten Reichertshalde
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.10.2012**

Vorl.Nr. 433/12

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 433/12, ist mit der Beratung zu Vorl. Nr. 392/12 und dem Prüfauftrag an die Verwaltung erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 5

**Planung der Weststrandstraße und Anschluss an die
L1140
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.07.2012**

Vorl.Nr. 329/12

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) führt aus, dass derzeit erste Planungen ausgearbeitet würden. Die Verwaltung habe bereits Aufträge für die Planung sowie die Erstellung von Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Insgesamt würden im städtischen Haushalt derzeit noch 115.000,- Euro zur Verfügung stehen, die für die derzeitige Planung ausreichend seien. Die Verwaltung werde voraussichtlich Anfang des Jahres 2013 einen Antrag beim Regierungspräsidium auf Förderung durch das Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz, LGVFG, stellen. Das Regierungspräsidium hat bisher die Auffassung vertreten, dass die Maßnahme zuwendungsfähig sei. Allerdings seien die Ansätze im Landeshaushalt so verschoben worden, dass weniger Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stehen würden. Außerdem hätten die Vertreter des Regierungspräsidiums bei einem Gespräch empfohlen, im ersten Abschnitt bis zur Daimlerstraße auszubauen. Der Kostenzuschuss der Firma Lapp sei noch bis zum Jahr 2030 gebunden. Zum jetzigen Planungsstand werde mit Gesamtkosten von rund 2,9 Mio. Euro und einem Zuschuss von 1,0 bis 1,1 Mio. Euro gerechnet. Ein Zuwendungsbescheid könne vermutlich nicht vor 2016 erwartet werden. Sobald konkrete Planungen vorliegen würden, werde eine

nochmalige Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

Stadtrat **Noz** befürworte einen Ausbau der Westrandstraße bis zur Daimler-/Mörrikestraße. Er erinnert daran, dass der Gemeinde Möglingen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zugesagt worden sei, eine Erschließung für das Gebiet „Hintere Halden“ herzustellen. Weiter bemerkt er, dass in diesem Bereich der Verkehr durch die Ostumfahrung Aspergs zunehmen werde. Seiner Meinung nach sei eine schnelle Realisierung der Westrandstraße erforderlich.

Für Stadtrat **Griesmaier** ist klar, dass die Westrandstraße gebaut werden müsse. Er weist darauf hin, dass in diesem Gebiet unter Umständen auch durch den Maut-Umgehungsverkehr noch mehr Verkehr entstehen werde.

Stadtrat **Glasbrenner** kritisiert, dass die Realisierungszeit der Westrandstraße jetzt wieder unsicher sei. Es müsse vermieden werden, dass sich der Verkehr nach Eglosheim bzw. in die Markgröninger Straße verlagere. Auch aufgrund des Luftreinhalteplans sei eine gute Anbindung der Gewerbegebiete erforderlich.

Stadtrat **Gericke** hält die Straßenergänzung für sinnvoll, da eine gute Erschließung des Gebiets „Hintere Halden“ erforderlich sei. Die Planung für die Westrandstraße müsse schnell weiterverfolgt werden.

Stadtrat **Haag** erinnert daran, dass die Westrandstraße bisher Bestandteil aller Verkehrskonzepte gewesen sei. Seine Fraktion unterstütze die Realisierung.

Stadträtin **Burkhardt** berichtet, dass die Planung der Westrandstraße bereits seit dem Jahr 2000 diskutiert werde.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** stellt BM **Schmid** klar, dass die Gemeinde Möglingen die aktuellen Planungen der Stadt Ludwigsburg favorisiere. Mit der Stadt Asperg würden derzeit Gespräche geführt.

Herr **Kohler** ergänzt auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums, dass die genannten geschätzten Kosten von 2,9 Mio. Euro den Ausbau der Westrandstraße bis zur Daimlerstraße inklusive der Autobahnanschlussstelle umfassen würden. Er bestätigt, dass der Verkehr durch die Ostumfahrung der Stadt Asperg zunehmen werde.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 23.07.2012, Vorl. Nr. 329/12 ist mit Bericht der Verwaltung erledigt.

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Sonnenberg Nord" Nr. 056/07 - Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der Behörden und Öffentlichkeit (Vorberatung)	Vorl.Nr. 407/12
--------------	--	------------------------

Empfehlungsbeschluss:

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4 zur Vorl. Nr. 407/12) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 zur Vorl. Nr. 407/12 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplanentwurf „Sonnenberg Nord“ Nr. 056/07 vom 21.09.2012 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 21.09.2012 beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Burkhardt** (FB Stadtplanung und Vermessung) schildert unter Verweis auf die Vorl. Nr. 407/12 kurz den Vorschlag der Verwaltung und das weitere Vorgehen

Stadträtin **Kreiser** legt dar, dass sie die Entwicklung in diesem Gebiet grundsätzlich begrüße. Allerdings sollte die Zahl der notwendigen Stellplätze eingehalten werden.

Stadträtin **Liepins** ist nach wie vor davon überzeugt, dass die Bebauung zu hoch sei. Zudem sei die Anzahl der öffentlichen Stellplätze viel zu gering. Aus diesen Gründen könne sie der Vorl. Nr. 407/12 nicht zustimmen.

Stadtrat **Haag** erinnert daran, dass in einer früheren Beratung die Anzahl der öffentlichen Stellplätze von vier auf acht erhöht worden sei.

Stadträtin **Burkhardt** teilt mit, dass sie den Bebauungsplan ablehne, da sie bereits dem Rahmenplan nicht zugestimmt habe.

Herr **Burkhardt** schildert daraufhin, dass der Investor vier Stellplätze bauen werde, die keiner Wohnung zugeordnet seien. Von diesen vier Stellplätzen würden drei für Besucher und einer als Carsharing-Stellplatz zur Verfügung stehen. Dies sei im Durchführungsvertrag, Anlage 6 zur Vorl. Nr. 407/12, auf Seite 9 enthalten. Darüber hinaus würden in diesem Gebiet noch vier öffentliche Stellplätze, die sich auch auf öffentlicher Fläche befinden würden, hergestellt. Der Investor werde 79 Stellplätze errichten, obwohl nach dem Stellplatzschlüssel lediglich 75 Stellplätze erforderlich seien.

Stadtrat **Glasbrenner** kritisiert, dass die vier Besucherstellplätze nur im Durchführungsvertrag enthalten seien und nicht über den Bebauungsplan gesichert werden.

Herr **Burkhardt** führt dazu aus, dass die Stadt Ludwigsburg die Flächen erwerben müsste um öffentliche Parkplätze herzustellen. Die Ein- und Ausfahrt zur Tiefgarage werde über die Straße „Am Sonnenberg“ erfolgen. Die mögliche Stadtbahnhaltestelle Geschwister-Scholl-Straße werde nicht beeinträchtigt.

BM **Schmid** sagt zu, dass die Verwaltung bis zur Sitzung des Gemeinderats am 10.10.2012 klären werde, ob die Flächen für die vier Stellplätze, die keiner Wohneinheit zugeordnet werden, von der Stadt erworben werden können um öffentliche Parkplätze herzustellen.

TOP 7

**Mehrgenerationenhaus Grünbühl/Sonnenberg
- Vergabe der Schreiner- und Zimmererarbeiten**

Vorl.Nr. 400/12

Beschluss:

Der Vergabe der nachfolgenden Bauleistungen für den Neubau des Mehrgenerationenhauses wird zugestimmt (in der Vergabesumme sind ca. 5% für Unvorhergesehenes enthalten).

1. Innentüren	Fa. Herbert Lutz, Westfalenstraße 38, 71640 Ludwigsburg	132.000,-- €
2. Zimmerarbeiten/Fassade	Fa. Wilfried Link Monreposstraße 79, 71634 Ludwigsburg	158.000,-- €

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Befangen: Stadtrat Striegel
Nicht anwesend: Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

Stadtrat Striegel ist nach § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg befangen. Er nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist auf die Vorl. Nr. 400/12. Auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums erläutert er, dass der Kostenansatz der Innentüren, Ziff. 2, um fast 50.000 Euro überschritten werde. Allerdings konnte bei der Ziff. 2, Zimmerarbeiten/Fassade etwa 30.000 Euro eingespart werden. Derzeit werde mit circa 3 % Mehrkosten für die gesamte Baumaßnahme gerechnet. Weiter ergänzt er, dass diese beiden Gewerke freihändig vergeben worden seien, da in ersten Kostenabfragen die Kostenansätze deutlich überschritten worden seien.

Stadträtin **Burkhardt** bemängelt die freihändige Vergabe und die Sonderbehandlung der Firma Holzbau Link und könne der Vorlage deshalb nicht zustimmen.

Sodann lässt BM Schmid über die Vorl. Nr. 400/12 abstimmen.

TOP 8

**Eberhardstraße 1, Sanierung und Erweiterung für
Stadtmuseum, Kunstverein und Tourismus
- Vergabe der Schreinerarbeiten Städtisches
Museum**

Vorl.Nr. 396/12

Beschluss:

Der Vergabe der Schreinerarbeiten an die Fa. Hochadel GmbH, Daimlerstr. 4, 74912 Kirchartd, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 09.07.2012 mit einer Vergabesumme in Höhe von 220.000,-- Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt BM Schmid über die Vorl. Nr. 396/12 abstimmen.